Die Freiheit Öcalans wird den Erfolg eines Friedensprozesses in der Türkei garantieren

Komitee für die Freiheit von Abdullah Öcalan

Kurdistan Nationalkongress (KNK)

Rue Jean Stas 41

Bruxelles

EINLEITUNG

Abdullah Öcalan verließ 1998 Syrien, weil die Türkei dem syrischen Nachbarstaat mit Krieg drohte, falls Öcalan nicht des Landes verwiesen würde. Abdullah Öcalan verließ daraufhin Syrien, um einerseits keinen Anlass für einen Krieg darzustellen, und andererseits durch seine Reise in Richtung Europa dort eine politische Lösung für die kurdische Frage voranzubringen. Aber alle Staaten beugten sich dem Druck von Staaten wie der USA, Deutschland oder Israel und verwehrten Öcalan das Recht auf Asyl, sodass er Europa verließ und in Richtung Kenia weiterreiste, wo er vorübergehend in der griechischen Botschaft untergebracht werden sollte.

Am 15. Februar 1999 wurde Abdullah Öcalan dann in Kenia mit Hilfe der amerikanischen und israelischen Geheimdienste in einem Piratenakt verschleppt und an die Türkei übergeben. Die Festnahme des “Staatsfeindes Nummer 1” wurde voreilig vom türkischen Staat zum Sieg über die Kurden, die seit den 1980er Jahren unter Führung Öcalans gegen ihre Unterdrückung und Diskriminierung durch den Staat kämpften, erklärt. Die Festnahme des kurdischen Anführers wurde von den Kurdinnen und Kurden als Resultat einer “internationalen Verschwörung” angesehen, einer Aberkennung der Legitimität des kurdischen Widerstandes, die von den Geheimdiensten mehrerer Länder vorangetrieben wurde. Seine Entführung führte zu einer Welle der Empörung und zu Protesten von Kurdinnen und Kurden in aller Welt.

Der Festnahme Öcalans folgte ein Schauprozess, der allein darauf abzielte ihn als “Terroristen” darzustellen. Doch dies entspricht insofern nicht der Realität, als dass der Krieg in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht steht. So fällt der bewaffnete Konflikt und kurdische Widerstand in das humanitäre Völkerrecht nach den Genfer Konventionen von 1949 und den Zusatzprotokollen von 1977. Die PKK hat die Genfer Konventionen 1995 unterzeichnet. Das Gericht verhängte die Todesstrafe, welches später in Lebenslanger Haftstrafe umgewandelt wurde.

Die Anwälte von Öcalan brachten den Fall vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, um so das Urteil des unfairen Prozesses in der Türkei aufzuheben. Der

Gerichtshof entschied 2003, dass der Prozess gegen Öcalan nicht fair gelaufen ist, sein Anrecht auf eine faire Prozessvertretung eingeschränkt war und dass er unmenschlichen Bedingungen im Gefängnis in Imrali ausgesetzt wurde. Leider hat der Europäische Gerichtshof seine Rolle nicht komplett ausgefüllt und es gab keine Versuche, die illegale Entführung oder das Verletzen des Kriegsrechtes näher zu untersuchen. Diese zurückhaltende Haltung ermutigt bis heute den türkischen Staat, mit seiner Isolierungspolitik fortzufahren und es wird kein konkreter Druck auf die Türkei aufgebaut, dass diese sich in einen gesetzlich festgelegten Friedensprozess einbringt.

Während der 20-jährigen Gefangenschaft von Öcalan hat das europäische Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (CPT) nach Massenprotesten und Aktionen der kurdischen Bevölkerung (wie Hungerstreiks, Demos und Unterschriftenkampagnen) verschiedene Berichte veröffentlicht, aus denen hervorging, dass der türkische Staat gegen Öcalans Menschenrechte verstößt und ihn weiterhin in Isolationshaft gefangen hält. Dies führte jedoch nie zu konkreten Sanktionen.

ISOLATION

In den letzten zwanzig Jahren wurde Öcalan in Einzelhaft unter gefährlichen Bedingungen auf der Insel Imrali vor der Küste von Istanbul inhaftiert. Das raue Umfeld des Gefängnisses und die Vernachlässigung und Misshandlung des Staates haben dazu geführt, dass sich sein Gesundheitszustand verschlechtert hat. Die Zuspitzung von Konflikten im Jahr 2015 führte zu einer härteren Herangehensweise des türkischen Staates an Öcalan, der ein entscheidender Akteur war und immer wieder Frieden forderte.

Vor Juli 2011 durfte Öcalan einmal pro Woche eine Stunde lang mit seinen Anwälten zusammenkommen, obwohl selbst dieses Recht niemals konsequent umgesetzt wurde. Seit diesem Datum hat er jedoch keinerlei Kontakt mehr zur Außenwelt.

Die folgenden Zahlen beziehen sich auf Anträge, die seit dem 27. Juli 2011 von der Familie und den Anwälten Öcalans eingereicht wurden:

• Vom 27. Juli 2011 bis zum Ende dieses Jahres wurden von 43 Anträgen der Anwälte keine zugelassen (17 wegen schlechten Wetters, 23 wegen defekter Fähren und zwei wegen Feiertagen).

• Im Laufe des Jahres 2012 wurden von 104 Anträgen der Anwälte keine zugelassen (14 wegen schlechtem Wetter, 73 wegen eines Defekts der Fähre, 16 wegen Reparatur der Fähren und eine aufgrund gesetzlicher Feiertage).

• Während des gesamten Jahres 2013 wurden von 102 Anträgen der Anwälten keine zugelassen (12 wegen schlechtem Wetter, 86 wegen Defekts der Fähre und vier aufgrund gesetzlicher Feiertage).

• Im Laufe des Jahres 2014 wurden von 104 Anträgen der Anwälte keine zugelassen (neun aufgrund schlechter Witterungsbedingungen , 86 aufgrund Defekts der Fähren, sechs aufgrund einer Reparatur der Fähren und drei aufgrund gesetzlicher Feiertage).

• Im Laufe des Jahres 2015 wurden von 56 Anträgen der Anwälte keine zugelassen (fünf wegen schlechtem Wetter, 27 wegen Defekts der Fähren und 24 aufgrund von Reparaturen der Fähren).

• Im Jahr 2016 wurden 104 Anträge aus ähnlichen Gründen abgelehnt.

• 2017 wurden 104 Anträge aus ähnlichen Gründen abgelehnt.

• 2018 wurden 98 Anträge aus ähnlichen Gründen abgelehnt.

Es ist unnötig zu erwähnen, dass die oben genannten Punkte eine klare Verletzung der Menschenrechte von Öcalan und eine direkte Verletzung internationaler Rechtsnormen und Werte darstellen. Seitdem haben die türkische Regierung und die internationale Gemeinschaft nichts dagegen unternommen. Öcalan zum Schweigen zu bringen ist gleichbedeutend damit die Kurden und ihre grundlegenden Menschenrechte zum Schweigen zu bringen.

Selbst im türkischen Recht - das für politische Gefangene überhaupt nicht flexibel ist - gibt es keine rechtliche Grundlage für diese totale und unmenschliche Isolation. Der Präsident Erdogan hat öffentlich erklärt, dass die türkische Regierung jeden Besuch blockiere. Die vorsätzliche Isolation zeigt die völlige Willkür der türkischen Regierung, deren Vertreter öffentlich die Gesetzesverstöße in Bezug auf kurdische Angelegenheiten verteidigen.

Eine weitere skandalöse und rechtswidrige Entwicklung war die Inhaftierung von 36 Anwälten, die mehr als ein halbes Jahr im Gefängnis saßen. Der eigentliche Skandal ist jedoch das Schweigen fremder Länder. Die Europäische Menschenrechtskonvention ist in 47 Staaten gültig. Für über 40 Millionen Kurden scheint es jedoch nicht der gültig zu sein. Vor allem nicht für Öcalan.

Der Europarat delegiert die Verantwortung für die entsetzlichen Haftbedingungen auf Imrali an das machtlose Komitee zur Verhütung von Folter (CPT) und ignoriert diese Angelegenheit. Selbst der viel beachtete Europäische Gerichtshof für Menschenrechte konnte bisher die Tatsachen und Bedingungen der Isolation nicht bestimmen. Die Türkei scheint nicht durch internationale Menschenrechtsgesetze oder -konventionen eingeschränkt zu sein.

ÖCALANS EINFLUSS AUF DIE KURDISCHE POLITIK UND DEN MITTLEREN OSTEN

Öcalan war die treibende Kraft hinter der Verschiebung des Schwerpunkts der kurdischen Bewegung hin zu einer primär politisch und friedlich ausgerichtete Strategie. Seit dem ersten einseitigen Waffenstillstand der PKK im Jahr 1993 bemüht er sich kontinuierlich intensiv um eine friedliche Lösung in der kurdischen Frage. Die kurdische Gesellschaft und solidarische Kreise haben wiederholt auf Massenproteste zurückgegriffen, um ihre Unterstützung für Öcalan und ihre Ablehnung gegenüber der antidemokratischen und unmenschlichen Politik der Türkei gegenüber den Kurden zu demonstrieren. Es wurden viele Kampagnen der Initiative "Freiheit für Öcalan" ins Leben gerufen. In einer zwischen 2005 und 2006 durchgeführten Petition bestätigten rund 3,5 Millionen Menschen aus allen Teilen Kurdistans, dass sie Öcalan als ihren politischen Führer betrachten.

An einer weltweit geführten Unterschriftenkampagne für die Freiheit von Abdullah Öcalan, die im September 2012 mit 1000 namhaften ErstunterzeichnerInnen initiiert worden war, beteiligten sich bis Anfang des Jahres 2015 mehr als 10,3 Millionen. Die Anzahl der Unterschriften war bemerkenswert, da die Kampagne unter immensen Einschränkungen durchgeführt wurde - die Türkei, Syrien und der Iran erklärten sie für illegal. Hunderte Menschen wurden zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt.

Öcalan ist als lebendes Symbol des kurdischen Kampfes um nationale Anerkennung und Selbstbestimmung bekannt. In den letzten vier Jahrzehnten hat er große Anstrengungen unternommen, um den Konflikt von einem bewaffneten Kampf in eine politische Frage zu verwandeln.

In einer politischen Atmosphäre, die zunehmend nationale oder religiöse Homogenisierung und Unterdrückung der Rechte der Frauen vorschreibt, hat Öcalan eine politische Philosophie für eine alternative Gesellschaft entwickelt. Er tritt für die Gleichberechtigung von Menschen aller Nationalitäten und Glaubensrichtungen ein, insbesondere für die praktische Anerkennung der Rechte und Freiheiten von Frauen. Dieses Paradigma hat sich für viele Gruppen als einflussreich und als Quelle der Hoffnung erwiesen, wie das Rojava-Modell zeigt.

Die Einbeziehung aller ethnischen und religiösen Gruppen wie assyrische, syrische und chaldäische Christen in die Verwaltungsstrukturen des Rojava-Systems ist die praktische Umsetzung der Philosophie von Öcalan. Das Rojava-System basiert auf den Prinzipien der direkten Demokratie, der Gleichstellung der Geschlechter, der ethnischen und religiösen Zusammenarbeit und dient als Modell für den gesamten Mittleren Osten.

Es darf nicht vergessen werden, dass sich weder die PKK noch das türkische Militär im Krieg entscheidend durchsetzen konnten. Frieden bietet die einzige Lösung und Öcalan ist für diesen Prozess unerlässlich. Ohne die Partizipation von Öcalan kann kein Fortschritt auf dem Weg zu einer Lösung erzielt werden. Bevor jedoch substantielle Verhandlungen beginnen können, muss der türkische Staat ihn zunächst freilassen. So wie Nelson Mandela vor und nicht nach den südafrikanischen Verhandlungen freigelassen wurde. Bis zur Befreiung von Öcalan können nur Gespräche über Gespräche und keine tatsächlichen Verhandlungen stattfinden. Mandela betonte, dass nur freie Personen und keine Gefangenen für eine politische Lösung verhandeln können.

Friedensbemühungen Öcalans

Die Friedensbemühungen hielten auch nach seiner Festnahme an. So wurde die erste Waffenruhe am 1. September 1999 ausgerufen und hielt bis 2004 an. Dies stellte den Beginn eines fünfjährigen Waffenstillstandes dar, dem längsten in der Geschichte des Konflikts.

Eine weitere überraschende Entscheidung im selben Jahr war sein Aufruf „Friedensgruppen“ bestehend aus PKK-Mitgliedern in die Türkei zu entsenden, um die Bereitschaft für eine friedliche Lösung zu unterstreichen. Die beiden Gruppen trafen tatsächlich in der Türkei ein, aber die Mitglieder der Friedensgruppen wurden unverzüglich festgenommen und sitzen nun zum Teil langjährige Haftstrafen ab. Der türkische Staat verpasste diese Gelegenheit für Friedensgespräche und reagiert nicht positiv und ernsthaft auf diese Geste.

Als die Gewalt in den Jahren 2006/2007 zum wiederholten Male eskalierte, intervenierte Öcalan erneut und rief die PKK zu einem erneuten Waffenstillstand auf. Während die PKK dem Waffenstillstand zustimmte, wurde er vom türkischen Staat nicht anerkannt.

Öcalans dritter Aufruf für Friedensverhandlungen und einen Waffenstillstand erfolgte im Jahr 2009, als die „Oslo-Verhandlungen“ eingeleitet wurden. Zwischen 2009 und Mitte 2011 fanden geheime Verhandlungen zwischen Öcalan, einer vom türkischen Staat benannten Delegation von Staatsvertretern und langjährigen PKK-Mitgliedern statt, die später als „Oslo-Prozess“ bekannt wurden. Thema war eine politische Lösung der kurdischen Frage. Auf Grundlage der Roadmap für Verhandlungen, die Öcalan im Jahr 2009 verfasste, einigten sich die Parteien auf drei Protokolle. Sie umfassten einen Zeitplan für die Beendigung des Konflikts und eine politische Lösung der kurdischen Frage. Zusätzlich rief Öcalan 2010 zu einer erneuten Friedensdelegation in die Türkei auf. Als Reaktion darauf übertraten eine Gruppe unbewaffneter Guerilla-Mitglieder und Geflüchteter aus dem Mexmûr-Camp die Grenze zwischen Südkurdistan (Irak) und der Türkei als Symbol für die Bereitschaft für Frieden und Verhandlungen. Im Gegensatz zu der ersten Friedensdelegation wurde diese Gruppe nicht direkt festgenommen, was rückblickend betrachtet zu einem falschen Gefühl der Hoffnung und Sicherheit führte. Die Delegation wurde überschwänglich von den Kurden begrüßt, die hofften, dass „der Krieg endlich zu Ende ist“. Die türkische Regierung entschied sich jedoch nicht für die Umsetzung des Plans und die Eröffnung von Diskussionen. Viele Mitglieder der Friedensdelegation wurden bald verhaftet und ins Gefängnis gesteckt.

Aufgrund der Gewalteskalation ab Juli 2011 antwortete Öcalan erneut auf die Aufrufe sozialer Bewegungen zu einem erneuten Waffenstillstand und startete zu Beginn des Jahres 2013 einen neuen Verhandlungsprozess, den sogenannten „Imrali-Prozess“. Letztendlich wurde auch dieser bedeutende und jüngste Versuch von Präsident Erdogan beendet, als er im

März 2015 erkannte, dass der Prozess erfolgversprechend verlief. Er sagte damals sogar, „es gibt keinen Verhandlungstisch, keine kurdische Frage und keinen Friedensprozess“. Mit dieser Aussage wurden alle Hoffnungen auf einen fortschreitenden Friedensprozess zunichte gemacht.

Die zehnköpfige internationale Friedensdelegation

Am 14. Februar traf in Istanbul eine zehnköpfige internationale Delegation zusammen, um einen Beitrag zur Wiederaufnahme des kurdisch-türkischen Friedensprozesses zu leisten, der seit dem Frühjahr 2015 unterbrochen ist. Der Delegationsleiter, Richter Essa Moosa vom Obersten Gerichtshof Südafrikas, wandte sich am 3. Februar im Auftrag der Delegation in einem Schreiben an den türkischen Justizminister und bat um zwei Treffen: eines mit dem Ministerium zwecks Erörterung von Mitteln und Wegen zur Wiederaufnahme des Friedensprozesses zwischen der türkischen Regierung und Öcalan und eines mit Abdullah Öcalan auf der Insel Imralı zwecks Erörterung desselben Themas. Richter Moosa war früher für Nelson Mandela während seiner Gefangenschaft auf Robben Island und an weiteren Orten tätig und beteiligte sich am Verhandlungsprozess in Südafrika. Bedauerlicherweise wurde der Delegation keines der beiden Treffen, um die sie gebeten hatte, gewährt.

Derweil traf die Delegation mit Vertretern verschiedener politischer und gesellschaftlicher Organisationen zusammen, die sie über die äußerst prekäre Lage des Landes informierten. Sie trafen sich darüber hinaus mit Anwälten und Anwaltsverbänden, die sich sehr für die Verteidigung von Mitgliedern der kurdischen Freiheitsbewegung gegen strafrechtlich relevante Vorwürfe engagieren und selbst Opfer vieler Einschüchterungs- und Verfolgungsmaßnahmen von Seiten des Staates geworden sind.

In Anbetracht der Lage beschlossen die, die Unterzeichner und Mitglieder der Internationalen Friedensdelegation, folgendes:

• Wir fordern die türkische Regierung und Abdullah Öcalan auf, den Friedensprozess unverzüglich wieder in Gang zu setzen. Im Dezember 2012 erklärte der ehemalige Erzbischof Desmond Tutu als Vorsitzender des von Nelson Mandela eingesetzten Ältestenrates in einem persönlichen Schreiben an den damaligen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan, dass »Frieden besser ist als Krieg«, und appellierte an den Ministerpräsidenten, die Friedensgespräche mit Abdullah Öcalan wieder aufzunehmen.

• Wir fordern die bedingungslose Freilassung Abdullah Öcalans als entscheidendem Akteur aus dem Gefängnis, um echte Friedensverhandlungen zur Lösung der kurdischen Frage in der Türkei zu ermöglichen und ihn in die Lage zu versetzen, den ihm zustehenden

Platz am Verhandlungstisch für die langfristige Lösung der kurdischen Frage in der Türkei und die Demokratisierung der Türkei einzunehmen.

• Wir fordern die türkische Regierung auf, für gleiche Voraussetzungen bei den Verhandlungen zu sorgen und in diesem Zusammenhang unter anderem das Verbot der PKK und weiterer Organisationen aufzuheben, alle politischen Gefangenen freizulassen und im Exil lebenden Personen zwecks Teilnahme am Friedensprozess die Rückkehr in die Türkei zu gestatten.

• Wir beschließen, uns bei unseren jeweiligen Regierungen und nichtstaatlichen Organisationen dafür einzusetzen, Druck auf die türkische Regierung auszuüben, damit diese unverzüglich den Friedensprozess wieder in Gang setzt, und in den Ländern, in denen die PKK auf der Liste der terroristischen Organisation steht und Abdullah Öcalan als Terrorist gilt, Druck auf die entsprechenden Regierungen auszuüben, um dafür zu sorgen, dass sie nicht mehr als terroristische Organisation bzw. Terrorist geführt werden, da es sich bei ihnen nach den einschlägigen Menschenrechtsinstrumenten um eine Befreiungsbewegung bzw. einen Freiheitskämpfer handelt.

• Wir fordern die internationalen Menschenrechtsorganisationen auf, unverzüglich die von den türkischen Behörden gegenüber der Zivilbevölkerung in den Konfliktgebieten begangenen Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen und festzustellen, ob es sich bei diesen Menschenrechtsverletzungen um Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und/oder einen Verstoß gegen das Genfer Abkommen handelt.

• Wir fordern das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT) auf, Abdullah Öcalan so rasch wie irgend möglich auf der Gefängnisinsel Imralı zu besuchen, um den Verstoß gegen seine Rechte nach dem Europäischen Übereinkommen zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten als politischer Gefangener zu untersuchen, und zwar im Hinblick auf die Frage, ob (i) sein Recht auf Zugang zu seinen Rechtsbeiständen in den letzten fünf Jahren verletzt wurde, (ii) sein Recht auf Zugang zu seinen Familienangehörigen in den letzten 14 Monaten verletzt wurde, (iii) sein Recht, nicht völlig von sozialen Kontakten isoliert zu werden, für einen unbekannten Zeitraum verletzt wurde, und (iv) sein Recht auf Zugang zu Ärzten bzw. ärztlicher Behandlung verletzt wurde. Das CPT wird aufgefordert, nach seinem Besuch gegenüber dem Europarat, der türkischen Regierung und Abdullah Öcalan und seinen Anwälten unverzüglich über seine Feststellungen Bericht zu erstatten.

• Wir fordern die internationalen Wissenschaftsverbände auf, die Dissidenten unter den Wissenschaftlern in der Türkei im Interesse der Freiheit der Wissenschaft moralisch, materiell, physisch und wissenschaftlich zu unterstützen.

• Wir fordern die Mitglieder unserer Delegation auf, den vorliegenden Bericht an möglichst viele Staatschefs, Außenminister, Botschafter, Regierungsvertreter, elektronische Medien und Printmedien, Menschenrechtsorganisationen und nicht-staatliche Organisationen in unseren jeweiligen Ländern weiterzuleiten.

DIE REALITÄT IN DER TÜRKEI UND DER EINZIGE WEG ZUM FRIEDEN

Die türkischen Versuche, die Totalisolation von Öcalan zu verstärken, sind politisch haltlos. Es war Öcalan, dem es möglich war die kurdische Guerilla dazu zubringen mehrere Waffenstillstände einzuhalten. Niemand sonst kann einen solchen Einfluss auf die kurdischen Kräfte ausüben. Seine konstruktiven Vorschläge für eine politische Lösung, die in seiner Roadmap dargelegt wurden, bildeten die Grundlage für die dreijährigen Verhandlungen zwischen der türkischen Regierung und der PKK. Eine Lösung des Konflikts war greifbar. Präsident Erdogan beendete die Verhandlungen jedoch abrupt und verstärkte die Angriffe auf die kurdische Bevölkerung und die Zivilgesellschaft.

Diese plötzliche Wende der türkischen Regierung löste keines der bestehenden und andauernden Probleme, sondern schuf nur neue. Die Auseinandersetzungen zwischen der kurdischen Guerilla und der türkischen Armee sind eskaliert, die Situation erscheint immer komplexer und eine Lösung für den Frieden ist nicht in Sicht. Erdogan muss jedoch erkennen, dass die kurdische Frage nur durch Dialog und konkrete Schritte gelöst werden kann, in der die Menschenrechte ethnischer und religiöser Gruppen in der Türkei anerkannt werden. Mit dem Aufstieg populärer politischer Parteien wie der HDP wird der demokratische Ruf der türkischen Gesellschaft nach Frieden, Demokratisierung, politischen Reformen, Gleichstellung der Geschlechter und Menschenrechten immer lauter. Es ist von äußerster Dringlichkeit, dass die türkische Regierung die Verhandlungen wieder aufnimmt, um weiteres Blutvergießen zu verhindern.

Die Politik von Öcalan in den letzten Jahren hat gezeigt, dass er eine ausgleichende Rolle in Bezug auf türkische und kurdische Interessen spielen kann. Dieses Gleichgewicht ist die Voraussetzung für einen dauerhaften und legitimen Frieden. Der Ball ist jetzt vor dem Verfassungsgericht der Republik Türkei, um die Dinge auf den richtigen Weg zu bringen.

Als entscheidender Beitrag zur Lösung des Konflikts erweist sich die Freilassung der kurdischen Repräsentationsfigur als unerlässlich. Das Schweigen und die Isolation von Öcalan fortzusetzen, bedeutet, die kurdische Frage in der Türkei weiterhin zu ignorieren und keine konkreten Schritte in Richtung politischer Reformen und Demokratisierung zu unternehmen. Wenn dieses Thema nicht als Frage des Menschenrechts und im Einklang mit den internationalen Rechtsnormen und Werten behandelt wird, ist es deutlich, dass die Türkei nicht die Absicht hat, die allgemeinen Menschenrechte zu wahren.

27. Juli, 2016

Re: Aufruf sich an der Kampagne ‚Freiheit für Öcalan' zu beteiligen und zu unterstützen:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie Ihnen sicherlich bekannt ist hat sich die Situation in der Türkei in den letzten Monaten dramatisch verschlechtert. Die türkische Regierung ist jetzt effektiv im Krieg mit seiner eigenen kurdischen Bevölkerung und umklammert brutal alle oppositionellen Aktivitäten und zivilgesellschaftliche Organisationen.

UNITE und GMB engagieren sich intensiv für den Aufbau einer dringenden Solidarität mit den Kurden und allen fortschrittlichen Kräften in der Türkei. Nach Delegationsbesuchen in der Region und nach Gesprächen mit lokalen Gruppen vor Ort sind wir nun fest davon überzeugt, dass eine friedliche Lösung des gegenwärtigen Konflikts nur gefunden werden kann, wenn der inhaftierte kurdische Anführer Abdullah Öcalan in Freiheit ist und eine komplette Rolle in der Entwicklung eines neuen Friedensprozesses spielen darf. Am 25. April dieses Jahres starteten UNITE und GMB, zwei der größten Gewerkschaften Großbritanniens, zusammen mit einer Reihe sympathisierenden Abgeordneten, die Kampagne "Freedom for Öcalan". Wir ersuchen jetzt Ihre Unterstützung.

Öcalan hat die Unterstützung der kurdischen Gesellschaft, wie die Tatsache deutlich macht, dass im vergangenen Jahr über 10 Millionen Menschen eine Petition unterschrieben haben, in der seine Freilassung gefordert wird. Er hat konsequent eine demokratische Lösung in der Türkei gefordert, um eine friedliche und dauerhafte Lösung zu gewährleisten. Wenn dies erreicht werden könnte, hätte dies enorme Auswirkungen auf andere Teile der Region.

Dies ist eine äußerst wichtige Kampagne, die auf soliden Gewerkschaftsprinzipien der internationalen Solidarität basiert. Wir möchten Sie dringend dazu auffordern, sich an dem Kampf zur Befreiung von Abdullah Öcalan zu beteiligen. Wir würden uns sehr freuen, die Angelegenheit weiter zu besprechen, falls Sie dies wünschen. In der Zwischenzeit können Sie unsere Website unter www.freedomforocalan.org besuchen. Wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme.

Mit freundlichen Grüßen,

Bert Schouwenburg

International Officer, GMB

Bert.Schouwenburg@gmb.org.uk

www.gmb.org.uk

Simon Dubbins

Director of International, UNITE

simon.dubbins@unitetheunion.org

www.unitetheunion.org